

INITIATIVE INKLUSIVE BILDUNG - JETZT

www.inklusive-bildung-jetzt.at

Den Unterstützerinnen und Unterstützern der Initiative „Inklusive Bildung Jetzt“ wurden in den letzten Jahren wiederholt Berichte von Eltern/ Erziehungsberechtigten von Jugendlichen mit Behinderungen zugetragen, die mit fehlenden Möglichkeiten für die weitere Bildung ihrer Kinder konfrontiert sind. Die aktuelle Situation ist inakzeptabel und widerspricht den Rechten von Menschen mit Behinderungen. Wir unterstützen mit dieser Stellungnahme alle Jugendlichen mit Behinderungen und ihre Eltern/Erziehungsberechtigten in ihrer gerechtfertigten Forderung nach dem Recht auf inklusive Bildung nach der 9. Schulstufe.

Wir fordern von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern ein klares Bekenntnis zur inklusiven Bildung auf allen Ebenen, entsprechend der Verpflichtungen laut UN-Behindertenrechtskonvention (vgl.

<https://www.un.org/development/desa/disabilities/convention-on-the-rights-of-persons-with-disabilities/article-24-education.html>), und einen klaren Maßnahmenplan für die sofortige

Umsetzung. Die folgenden Punkte sind das Minimum der notwendigen Maßnahmen, die der Plan enthalten muss:

1. Rechtliche Verankerung des Rechts auf inklusive Beschulung in **allen** Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II
2. Garantierte Finanzierung der notwendigen Unterstützungsmaßnahmen für die erfolgreiche Umsetzung einer inklusiven Beschulung in der Sekundarstufe II
3. Verpflichtende Angebote zur Fort- und Weiterbildung der Schulleitungen und des Lehrpersonals zur Unterstützung erfolgreicher Inklusion in Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II
4. Abschaffung der Notwendigkeit einer Genehmigung eines 11. und 12. Schuljahrs für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen

Die aktuelle Situation kann nicht akzeptiert werden und die folgenden Missstände können nicht weiter toleriert werden:

- Kein rechtlicher Anspruch auf inklusive Beschulung nach der 9. Schulstufe
 - Im Nationalen Aktionsplan Behinderung 2012–2020 wurde dieser Missstand angesprochen, aber es fand keine weitreichende Umsetzung statt.
 - Der Entwurf des Nationalen Aktionsplan Behinderung 2022-2030 enthält keine konkreten Maßnahmen zur zeitnahen und rechtlich gesicherten Umsetzung im Regelschulsystem.

- Es existiert aktuell nur ein offizieller Schulversuch zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen (an einer Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht).

Dies hat dazu geführt, dass

- Jugendlichen das Recht auf ein 11. und 12. Schuljahr ohne behördliche Genehmigung verweigert wird.
- Schülerinnen und Schüler nach der 8. Schulstufe der Mittelschule zum Beispiel angeboten wird, wieder in der 5. Schulstufe zu beginnen, um die restlichen Jahre der Beschulung abzudecken.
- sich Oberstufenstandorte mit Konstruktionen behelfen, um Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen zu inkludieren. Sie werden beispielsweise offiziell in einer polytechnischen Klasse geführt, praktisch gemeinsam mit den anderen Schülerinnen und Schülern unterrichtet.
- jungen Erwachsenen mit Behinderungen das Recht auf Teilhabe an diesen Bildungserfahrungen verwehrt wird.